

Verantwortl. Redakteur: H. D. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: R. Graumann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk.
vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht
kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Zeitschrift oder deren Name im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Reklamen 30 Pf.

Deutschland.

Berlin, 27. Oktober. Die Krankenkassen-
gesetz-Novelle vom 10. April 1892 macht eine Reihe
von Neuerungen notwendig, die sich jedoch bei
den Betriebskrankenkassen auf zwei wesentliche
Punkte beschränken. Nichts desto weniger ist den
Kassenvorständen befriedigender als ein sogenanntes
Normalstatut zugegangen, und viele untere Ver-
waltungsbehörden haben, wie wir zuverlässig in
Erfahrung bringen, den Vorständen gegenüber
die Einführung dieses Normalstatuts verlangt.
Das ist begreiflich, aber darum natürlich noch
lange nicht berechtigt. Begreiflich ist es, weil
es den Kassen vornehmlich sehr angenehm ist,
nur nach Schema F verfahren zu müssen. Un-
berechtigt aber ist das Verlangen nach Annahme
des Normalstatuts, weil das Statut von dem be-
treffenden Werke „errichtet“ wird und in demsel-
ben lediglich den gesetzlichen Bestimmungen Nach-
druck zu tragen hat. Die Vorstände der Betriebs-
krankenkassen haben sich in ihr Statut eingefügt,
die Arbeiter kennen die Bestimmungen desselben;
wir können daher nur dringend warnen, das
„Normalstatut“ anzunehmen und mit ihm zum
Teil langatmig neue Paragraphen zu schaffen,
in die sich die Beteiligten erst wieder einzu-
leben haben. Der Novelle vom 10. April 1892
wird jede Betriebskrankenkasse gerecht, wenn sie
durch einen Nachtrag zum Statut die Bestim-
mung trifft, „daß 1. das Statut vom 1.
Januar 1893 an nicht mehr nach dem ortsüb-
lichen, sondern nach dem durchschnittlichen Tage-
lohn berechnet wird (§ 20 des R.-V.-G.); 2.
daß die Krankenkassenunterstützung im Falle der Er-
werbsunfähigkeit spätestens mit dem Ablauf der
dreizehnten Woche nach Beginn des Krankheits-
bezuges endet (§ 6 des R.-V.-G.)“. Wie sieht
die untere Verwaltungsbehörde mit der Anwen-
dung nicht zufrieden, so verlange man den Nach-
weis, daß und welche andere Änderungen not-
wendig sind. Nur lasse man sich nicht ohne
weiteres zur Annahme des „Normalstatuts“ ver-
leiten. Wir haben schon Schablonen genug,
und es ist durchaus überflüssig, sich dieselbe auch
bei dieser Gelegenheit wieder aufdrängen zu
lassen.

Zur Bearbeitung einiger speziellen Fra-
gen hat der Ausschuss zur Untersuchung der Hoch-
wasserverhältnisse der preussischen Flüsse einen
engeren Ausschuss eingesetzt, der nach der
„Deutschen Bauzeitung“ aus den Herren:
Ministerial-Direktor Schulz, Ober-Baudirektor
Wiebe, Freiherr von Düne und den Geheimen
Ober-Regierungsräthen Runkel und Sternberg
besteht. Dieser Ausschuss soll diejenigen Unter-
lagen ermitteln und falls solche noch nicht vor-
handen, zur Beschaffung derselben Anweisung
geben, welche zur Gewinnung eines übersicht-
lichen Bildes der physikalischen und Wasserbau-
verhältnisse der verschiedenen Flussgebiete
erforderlich sind, sowie eine übersichtliche hydro-
graphische wasserwirtschaftliche Darstellung der
einzelnen Ströme und ihrer Nebenflüsse unter
besonderer Berücksichtigung der in den letzten Jah-
ren hervorgetretenen Hochwassererscheinungen und
der bezüglich derselben besonderen Umstände erheben.
Daneben ist Ober-Baudirektor Wiebe mit der
Darstellung des bisher bei der Regulierung und
Kanalisierung der preussischen Flüsse befolgten
Systems betraut. Zur Beratung über die vom
Staatsministerium dem Ausschuss unterbreitete
Frage, ob zur Bearbeitung der wissenschaftlichen
Anglegenheiten in der Bezirksinspektion Einsetzung
und Einrichtung von Behörden erforderlich seien,
hat derselbe eine fünfköpfige Kommission einge-
setzt. Nur mit Hilfe solcher kritischen Stellen
dürfte es dem Ausschuss möglich werden, seine
Aufgabe erfolgreich durchzuführen, so daß nach
Absicht des genannten Ausschusses etwaige Weir-
kosten für solche Behörden bezw. Stellen nicht
ins Gewicht fallen dürften.

Nachdem schon General von Rosenberg
den Werth von Distanzritten, wie der jüngste
zwischen Berlin und Wien, in Zweifel gezogen,
bringt das „Militär-Wochenblatt“ jetzt einen,
„v. P.“ (von Pöbelski?) unterzeichneten Artikel,
worin es heißt:

„Distanzritten darf vom militärischen Stand-
punkte aus eine gewiss nicht zu unterschätzende
Bedeutung zugeprochen werden, wenn auch
dieselben für unsere Zwecke den Werth des Jagd-
reitens niemals erreichen können; wie das Jagd-
reiten reitlichen Schmeid und Kühnheit, Sicherheit
und Gewandtheit allzeit frisch erhält und festlegt,
so werden bei den Distanzritten Reiter und
Pferd in Bezug auf Dauerleistung geübt. Das
höchste Ziel reitlicher Erziehung ist ein
schnelliger, gewandter, ausdauernder Reiter. . .
Die Steigerung dieser Leistungsfähigkeit erfordert
einen denkenden und fühlenden Reiter, welcher
jederzeit den richtigen Moment erkennt, wo er die
Grenze erreicht, an welcher er Halt machen muß,
um nach entsprechender Ruhe und Stärkung ein
Mehrer fordern zu können; die Verfassung des
Pferdes, welche der Reiter ausüben muß,
bestimmt, wo man aufhören und ruhen muß,
wie lange man ruhen darf. Auf diese Weise
wird schließlich die höchste Reiterleistung erreicht,
welche wir gerade vom reitlichen und besonders
vom militärischen Standpunkte aus einzig
und allein nur darin erblicken können, daß der Reiter
mit seinem Pferde in guter Verfassung sein Ziel
erreicht. — beide müssen leistungsfähig sein,
daran müssen wir unbedingt festhalten: der Reiter
und sein Pferd sind untrennbare Begriffe. . .
Hat nun die Durchführung dieses Distanzrittes
den großen Stille den Hoffnungen, welche wir vom
reitlichen Standpunkte aus auf denselben setzen
müssen, entsprochen? Wir müssen, wenn wir
offen und ehrlich gegen uns selbst sein wollen,
mit einem „Nein“ antworten. In Stelle eines
Distanzrittes trat für einen Teil der Theil-
nehmer ein Wettritt, welcher auf eine Entfernung
von 575 Kilometer notwendig zu dem führen
muß, was leider mit Recht zu so vielfachen
Erörterungen Anlaß gab. . . Das Pferde über-
haupt zu Grunde gehen oder Schaden nehmen,
kann und wird stets vorkommen; abgesehen von
allen Unfällen, wird man überall, wo läßt
und läßt sich geritten und kein Hindernis gesetzt
wird, auch „unfälle“ zu fallen und wo man fällt,
kann es nicht anders sein, gut abgehen — das muß
sein und das thut nichts — ob aber je einen
Reiter bei dem Gedanken an das bedrohende Auge
seines treuen Pferdes, welches aus das Letzte
hergeben, zu dem er es gewaltsam aufgefordert,
durch das höchste Preis dafür zu entscheiden ver-
möchte, wollen wir dahingestellt sein lassen.
Mögen die Distanzritte in ihrer für die Armee

nicht zu unterschätzenden Bedeutung auch fer-
nerhin entsprechend blühen und gedeihen, ziehen wir
aber aus dieser ersten Probe im großartigen
Stille die entsprechenden Lehren; es möchte viel-
leicht doch der Erwägung anheimzugeben sein, ob
nicht bei derartigen Distanzritten im kleineren,
wie großen Maßstabe ein für allemal in der
Proposition als Bedingung beizufügen wäre, daß
auch das Pferd vollkommen leistungsfähig ein-
kommen muß, ein Reiter mit lahmem und nieder-
brechendem Pferde grundsätzlich keinerlei Anspruch
auf einen Preis überhaupt haben kann.“

In England ist im vergangenen Jahre
eine Brücke mit eisernen Trägern eingeführt
Dieses Vorkommnis hat dem Reichs-Eisenbahn-
amt Anlaß gegeben, Erhebungen darüber anzu-
stellen, wie viele Eisenbahnbrücken, bei denen
Gußeisen zu tragenden Konstruktionstheilen ver-
wendet ist, aus den ersten Jahrzehnten des Eisen-
bahnbaues in Deutschland (auschl. Bayern) noch
vorhanden sind. Seit dem Inkrafttreten der
auf Grund der Artikel 42 und 43 der Reichsver-
fassung vom Bundesrath beschlossenen Normen
für die Konstruktion und Ausrüstung der Eisen-
bahnen Deutschlands vom 12. Juni 1878 müssen
nämlich bei Brücken aus Eisen oder Stahl die
tragenden Theile der Ueberbaukonstruktionen aus
gewaltem oder geschmiedetem Material hergestellt
werden. Es hat sich ergeben, daß von der
früheren reichlichen Anzahl eiserner Brücken-
überbauten gegenwärtig nur noch 63 vorhanden
sind, bei denen tragende Theile aus Gußeisen be-
stehen; außerdem sind noch bei einigen Brücken
mit eisernen Ueberbauten zwischen den schmiede-
eisernen Hauptträgern Verstärkungen aus Gu-
ßeisen angebracht, die insofern eine Beanspruchung
durch die Brückenbelastung nicht erleiden. Von
den erwähnten 63 Brückenüberbauten sollen in
den nächsten Jahren 33 beseitigt bezw. gegen
schmiedeeisernen ausgetauscht werden, sobald al-
dann nur noch 30 übrig bleiben, eine sehr ge-
ringe Anzahl, wenn man in Betracht zieht, daß
nach dem neuesten Jahrgange der Statistik der
Eisenbahnen Deutschlands im ganzen 10,772
Brücken auf den deutschen Eisenbahnen (aus-
schl. Bayern) vorhanden sind. So
lange diese wenigen Bauwerke mit Gußeisen,
übrigens fast ausschließlich auf Druck bean-
spruchten Konstruktionstheilen noch bestehen-
werden sie fortwährend in der sorgsamsten Weise
überwacht.

Halle a. d. Saale, 26. Oktober. (W. T. B.)
Die General-Versammlung des „Deutschen
Vereins gegen den Mißbrauch geistiger Getränke“
beschloß in der heutigen Sitzung, bei dem Bundes-
rath und bei dem Reichstag die Aufrechterhaltung
und Annahme des Trunkstillschließungsgesetzes
zu beantragen. In der Versammlung wurde be-
sonders hervorgehoben, daß die ausländische Ge-
sellschaft viel strenger und erprobtere Bestim-
mungen als der deutsche Entwurf enthalte. Der
Versammlung beizugehörige Vertreter des
Reichsamtes des Innern, Geheimrath Regierung-
srath Jaup, erklärte, die Reichsregierung betrachte
eine vielleicht eintretende Verschärfung der Ent-
scheidung keineswegs als ein Aufgeben des Ent-
wurfs. — Die Versammlung war aus allen
Theilen Deutschlands gut besucht.

Kiel, 26. Oktober. Der Ausschuss für das
Kaiser Wilhelm-Denkmal wird im Laufe dieser
Woche noch zusammentreten, um nach einer mehr-
monatlichen Unterbrechung der Verhandlungen
seine Arbeit wieder aufzunehmen. Die wichtigste
Frage dürfte diejenige sein, ob man in Uebererein-
stimmung mit der Mehrheit der Bevölkerung sich
für ein Standbild entscheidet, oder ob nach dem
Vorschlage weniger Stimmen eine Reiterfigur
den Vorzug erhalten soll. Bei den vorhandenen
Mitteln, die auf etwa 250,000 Mark bemessen
sind, würde die Wahl eines Reiterbildes die Ver-
einfachung des Sockels bedingen, der von mehreren
Bewerbern zur Anwendung von Gestalten aus
der Geschichte Schleswig-Holsteins benutzt wurde.
Sollte man, was nicht eben wahrscheinlich, dar-
auf zu verzichten geneigt sein, so wird als das
Nächstliegende eine erneute Verwerfung um ein
Reiterstandbild voraussichtlich zur Ausbreitung
gelangen.

Wilhelmshafen, 26. Oktober. Die zwischen
den Marinebehörden und der Hamburg-Amerika-
nischen Packetfahrt-Aktiengesellschaft gepflegten
Verhandlungen wegen vorläufiger Expedition der
transatlantischen Schnellposten von hier aus
haben zu einem den Wünschen der Packetfahrt
entsprechenden Ergebnis infolge geführt, als das
Reichsmarineamt seine Genehmigung zur zeit-
weisen Verlegung der hiesigen Hafenanlagen für
die Zwecke der Gesellschaft erteilt hat. In den
letzten Tagen wurde über die Einzelheiten eine
Verständigung erzielt, so daß nunmehr der Be-
ginn der Expedition von hier aus Hindernisse
nicht mehr im Wege stehen. Wie verlautet,
sollen vorerst zwei Dampfer wöchentlich von hier
aus abgefertigt werden.

Hamburg, 26. Oktober. (W. T. B.) Die
Hamburg-Südamerikanische Dampfschiffahrts-
Gesellschaft nimmt mit dem heutigen Tage ihre
Passagier-Verkehrung in vollem Umfange wie-
der auf.

Strasbourg i. E., 24. Oktober. In Paris
hat der vor kurzem Zeit gestiftete Verband der
elsaß-lothringischen Vereine Frankreichs sein erstes
Festmahl „zur Erinnerung an den Abbruch des
westfälischen Friedens“, welcher bekanntlich ein
großes Theil des Elsaßes unter französische
Herrschaft brachte, gegeben. Dabei hielt ein
gewisser Viez, Vorgesender der „Société de
provoyance et de secours mutuels des Alsaciens-
Lorrains“ eine Rede, worin zuletzt „der ewig
glorreichen Namen“ von Abbé Winterer, Antoine,
Valance, Jean Dollfus, Jacques Rabé
und Bischof Du Pont des Loges gedacht wurde, „die
immer noch auf die Erfüllung ihres Traumes
warten“. Abgesehen davon, daß Dollfus, Rabé
und Du Pont des Loges nicht mehr unter den
Lebenden weilen, also eigentlich nicht mehr warten
können, wenigstens nicht im Diesseits, ist es doch
— französisch, einen Winterer mit einem Antoine,
der selbst in Frankreich vollständig abgehört ist,
in einen Kopf zu werfen, ebenso mit einem Valance,
den ebenfalls noch niemand für einen ernst-
haften Politiker gehalten hat. Es bleibt abzu-
warten, ob der Reichstag und Landesparlament
Abgeordnete Winterer gegenüber der Taktlosigkeit
des Herrn Viez sich schweigend verhalten wird.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 26. Oktober. (W. T. B.) Der
permanente Straßengesetz-Ausschuss lehnte mit 10
gegen 7 Stimmen einen Antrag auf Streichung

des Paragraphen ab, welcher die Strafbarkeit von
Ecksturzverletzungen gegen den Kaiser ohne die
direkte Absicht der Beleidigung betrifft und diesel-
ben mit Gefängnis bis zu 6 Monaten bedroht.
Der Justizminister hatte hervorgehoben, daß die
neue Bestimmung keineswegs die Schaffung
neuer strafbarer Thatbestände beabsichtige; die-
selbe mildere vielmehr die Behandlung derjenigen
Fälle, in denen die beleidigende Absicht fehle.
Bei dem Paragraphen betreffend die Strafbar-
keit hochverräterischer Handlungen gegen ein be-
freundetes Staatsoberhaupt oder einen befreundeten
Staat wurde das Erforderniß der Gegenseitig-
keit auf geleglich sanktionierte Staatsverträge ein-
geschränkt.

Wien, 26. Oktober. (W. T. B.) Die
bakteriologische Untersuchung hat auch bei dem
britischen hier unter choleraverdächtigen Erkrank-
ten Erkrankten das Vorhandensein von Cholera-
bacillen ergeben. Das Polizei-Präsidium unter-
suchte die Abhaltung von Volksversammlungen,
sowie überhaupt Versammlungen, die ein großes
Zusammenströmen von Menschen zur Folge
haben.

Wien, 26. Oktober. (W. T. B.) Der
Kaiser empfing gestern den Minister v. Szeghényi
in halbständiger Audienz.

Dem „Erztraktat“ zufolge ist der Erzherzog
Franz Ferdinand zum Generalmajor ernannt
worden; derselbe wird das Kommando einer
Brigade erst nach der Rückkehr von seiner Welt-
reise übernehmen.

Das „Fremdenblatt“ konstatirt, daß in der
ungarischen Opposition eine niedergeschlagene
Stimmung eingekehrt und die Zuversicht auf den
Sieg geschwunden sei. Niemand glaube mehr an
den Sturz des Ministerpräsidenten Szapary und
an einen bevorstehenden Ministerwechsel. Alle in
dieser Beziehung verbreiteten, auf bestimmte Per-
sonen bezügliche Gerüchte seien willkürliche Kom-
binationen und unbegründet.

Der Kaiser empfing die Distanzreiter Grafen
Starbemburg und von Miklos; es verlautet, daß
der Kaiser auch die anderen Distanzreiter em-
pfangen werde.

Prag, 26. Oktober. Bei den heute hier
stattgehabten Gemeinderathssitzungen gewannen die
Jungesche 4 neue Sitze, so daß der Stadtrath
nunmehr aus 30 Jungeschen und 59 Altjeschen
besteht. 2 Sitzgewinne sind erforderlich. — Nach
Bekanntgabe des Wahlergebnisses wurden vor der
Reaktion des Jungeschen „Narodni listy“
und der Wohnung des Jungeschen Herold Na-
tionen dargebracht; in dem Expeditionssala des
altjeschen „Hlas naroda“ wurden die Tücher
eingeschlagen; die Polizei zerstreute die
Ansammlungen.

Pest, 26. Oktober. (W. T. B.) Finanz-
ausschuss des Abgeordnetenhauses. Auf das von
dem Abgeordneten Ugar ausgedrückte Bedauern,
daß die Mitglieder des Kabinetts in den wichtigen
finanzpolitischen Fragen keine Einigung erzielen
könnten, erklärte der Kultusminister, daß zwischen
den Mitgliedern des Kabinetts keinerlei Meinungs-
differenzen beständen, die nicht ausgeglichen wer-
den könnten, und daß er in seiner Erklärung nichts
gesagt habe, was als ein Eingeständnis einer sol-
chen Differenz zu deuten sei.

Pest, 26. Oktober. (W. T. B.) Im
weiteren Verlaufe der heutigen Sitzung des
Finanzausschusses des Abgeordnetenhauses erklärte
der Kultusminister Csaky ferner in Betreff der
Besetzung des erzbischöflichen Stuhles in Agam,
es seien in Rom gegen den Kandidaten der Re-
gierung Einwendungen erhoben worden. Was die
bezügliche der Kardinalen aufgeworfene Frage be-
trifft, so halte die ungarische Regierung daran
fest, daß Ungarn drei Kardinalen haben müsse.

Pest, 26. Oktober. (W. T. B.) Von
gestern Abend 6 Uhr bis heute Abend 6 Uhr sind
hier 16 Personen an Cholera erkrankt und 8 ge-
storben.

Schweiz.

Obwohl unser finanzieller Horizont sich mehr
und mehr vergrößert, erheben unsere Waffensch-
eucher doch bedeutende Forderungen, wonach sich unser
Kriegsbudget für 1893 auf 38 1/2 Millionen, also
etwa fünf Millionen höher stellen würde als für
1892. Der Chef des eidgenössischen Militär-
Departements sieht dies als Ueberbretung an und
bemüht sich, größere Abstriche vorzunehmen.
Es wird sich aber fragen, ob er sich dabei konse-
quent bleiben kann, wenn er darauf beharrt, mit
den Bedürfnissen Schritt zu halten. Bezeichnend
ist nach dieser Richtung schon der kürzlich in
Bera gegebene Beschluß, daß man sich aus Man-
gel an verfügbaren Mitteln auf das Projekt der
Anschaffung von 8 schiffsbetriebenen Einrichtungen für
militärische Zwecke nicht einlassen könne. Auch
sonst werden hohe Anforderungen an die Finanzen
gestellt. So handelt es sich z. B. um Beschaf-
fung eines neuen Postgebäudes in Lausanne, für
welches der Banplatz allein über eine Million
Franko zu stehen käme. Weiter wird sich die
Bundesversammlung in nächster Session mit
einer Vorlage, betreffend Errichtung eines Par-
laments-Gebäudes in der Bundesstadt, zu beschä-
ftigen haben, welche einen Kredit von 5 Millionen
Franko erfordert. Das Merkwürdigste ist, daß die
radikale Mehrheit der vorbereiteten national-
rätlichen Kommission beantragt, die Schlußnahme
dem Referendum des Volkes, d. h. seiner Geneh-
migung zu unterziehen, gestützt auf eine Bestimmung
der Bundesverfassung, welche den eidgenössischen
Räthen das Recht verleiht, in Fällen der Dring-
lichkeit und wo es sich nicht um allgemein ver-
bindliche Schlußnahmen handelt, endgültig von
sich aus zu entscheiden. Ob bei unserer bedeu-
tenden finanziellen Situation das Volk zu dieser
bequemen und namentlich im Munde der so ge-
nannten Volksradikalen doppelt unangenehm
berührenden Auslegung schweigen wird, ist freilich
eine andere Sache. Es bleibt wahr, der Ra-
dikalismus kann, wenn alles andere aussichtslos
ist, mit unsehrbarer Wirkung durch Finanzfragen,
welche das gutmüthige Volk an der empfindlichsten
Stelle treffen, unschädlich gemacht werden.

Unter solchen Umständen, die vor der Hand
keine Aussicht auf Besserung zulassen, ist der Ruf
nach Bundeskonvention für das Volksschulwesen
der Kantone offenbar unklar und verätht lediglich
die Ziele unseres Liberalismus, obgleich derselbe
jetzt seine Absichten mit allen Mitteln zu ver-
schleiern sich bemüht. Man stellt sich nämlich
von dieser Seite plötzlich sehr liberalistisch und
mühte alle Verträge entfernen, als handele es
sich um eine Aktion des konfessionsfeindlichen Zen-
tralismus. Allein dieses Bestreben ist vergeblich
und selbst der einfache Bauer jagt sich, bezahle
erst einmal der Bund den Kantonen für Schul-

zwecke, so werde er sofort auch in die kantonalen
Schulen hineingeregelt werden.

Bern, 26. Oktober. Der Bundesrath liegt
laut dem „Bund“ durch Lordy, den Schweizer
Gesandten in Paris, der französischen Regierung
neuerdings erklären, die Schweiz beharre auf der
unveränderten Annahme der Handelsübereinkunft
durch die Kammern; jede Modifikation der Zoll-
ansätze würde den Bundesrath veranlassen, bei der
Bundesversammlung die Verwerfung der Ueber-
einkunft zu beantragen.

Frankreich.

Paris, 24. Oktober. Calvoignac, der viel-
genannte Bürgermeister von Carmaux, ist heute
hier der Held des Tages. Die drei Vertreter
der Ausständigen für das Schiedsgericht, Cle-
menceau, Pelletan und Millerand, hatten ihn am
Sonnenabend telegraphisch hierher beschieden, weil
für den Ministerpräsidenten zu sprechen wünschte,
und gestern Mittag traf der Erwählte des allge-
meinen Stimmrechts ein. Ein kleines Heer von
Reportern war am Bahnhof versammelt und um-
ringte einen blattnarbigen, hochgewachsenen
Mann in schwarzer Blouze und rundem schwar-
zem Hüte, der von dem Abgeordneten Vaubin
mit brüderlichem Du begrüßt wurde. Er zog
seine Blouze über den Kopf und erschien nun in
ausdrücklich schwarzem Rock, war aber nicht zu
bewegen, den Forderungen der Presse etwas anderes
als das Telegramm mitzutheilen, das ihn unter
Zusicherung der Kostenvergütung nach Paris ge-
bracht. Nach einer Beratung mit Clemenceau
und den Delegirten des Schiedsgerichts wurde
um 6 Uhr Calvoignac vom Ministerpräsidenten
in halbständiger Unterredung empfangen, beriet
dann wieder mit den Delegirten, und darauf fuhr
nur die ganze Gesellschaft abermals zum Minister-
präsidenten, der jedoch nur die drei Delegirten
empfangen. Nach kurzem Verweilen kam es auf
der Straße zwischen den zurückkehrenden Dele-
girten, Calvoignac und Vaubin noch zu einer le-
bhaften kurzen Erörterung. Heute soll Calvoignac
abermals vom Ministerpräsidenten empfangen
werden. Ueber den Stand der Dinge wird Stills-
chweigen beobachtet. Die Beteiligten haben
sich unter Ehrengewort verpflichtet, nichts verlauten
zu lassen, doch wollen die allwissenden Reporter
versichern, der Bürgermeister von Carmaux sei
von seiner Unterredung mit dem Ministerpräsi-
denten nichts weniger als erbaut. Herr Loubet
habe ihn ziemlich ungnädig empfangen und habe
sich bei seinem Abgang nicht vom Stuhl er-
hoben.

Paris, 26. Oktober. (W. T. B.) Dem
Bürgermeister von Carmaux, Humbert, von seinem
Posten zurücktreten; wie verlautet, wäre den
Vergarbeitern im Verlaufe der Schiedsgerichts-
Verhandlungen diese Koncession gemacht
worden.

Der Deputirte Pelletan, einer der drei
Schiedsgerichts-Delegirten der streikenden Vergar-
beiter von Carmaux, hat sich über den Schieds-
spruch des Ministerpräsidenten Loubet tabelnd
ausgesprochen und ist der Ansicht, daß der Streit
ausgesprochen werden würde, da die Ausständigen zu
völliger Solidarität mit ihren in Albi verurtheil-
ten Kameraden sich formell verpflichtet hätten.

Die Deputirten Clemenceau, Millerand und
Pelletan haben alle republikanischen Deputirten
aufgefordert, sich morgen vor dem Beginn der
Kammer Sitzung im Palais Bourbon zu einer
Beratung über die für die republikanische Par-
tei durch die Vorgänge in Carmaux geschaffene
Lage zu versammeln. Die genannten drei De-
putirten, welche Delegirte für das von den strei-
kenden Vergarbeitern in Carmaux eingeleitete
Schiedsgericht sind, haben ein Schreiben nach
Carmaux geschickt, worin sie den Vergarbeitern
über das ihnen erteilte Mandat Rechenschaft ab-
legen und erklären, die Ausständigen hätten keine
Genehmigung erhalten; sie würden auch ferner
zu den Streikenden stehen zur Vertheidigung der
Rechte derselben.

Aus Carmaux wird gemeldet, der Schieds-
spruch des Ministerpräsidenten Loubet habe dort
eine gewisse Enttäuschung hervorgerufen, da nach
demselben die in Albi verurtheilten Vergarbeiter
nicht wieder in Arbeit genommen werden sollten.
Das Ausständigen-Komitee ist heute Nachmittag zu
einer Sitzung zusammengetreten.

Paris, 26. Oktober. (W. T. B.) In
dem Schreiben an die Vergarbeiter von Car-
maux tadelt die Deputirten Clemenceau, Pelletan
und Millerand insbesondere, daß der Schieds-
spruch dem Vergarbeiter Calvoignac nicht vor
seiner Beurlaubung den vorläufigen Wieder-
eintritt in seine Beschäftigung bewilligt habe; haupt-
sächlich sei zu bedauern, daß trotz ihrer dringenden
Vorstellung der Schiedsgericht nicht die Wieder-
einstellung der durch den Gerichtshof von Albi
verurtheilten ausländischen Arbeiter ausgesprochen.

Paris, 26. Oktober. (W. T. B.) Das
Streikkomitee in Carmaux hat beschloffen, den
Schiedsgerichtspräsidenten Loubet nicht
anzunehmen und den Ausstand fortzusetzen. Die
dafür geltend gemachten Gründe sind 1., daß der
Schiedsgerichtspräsident, obwohl derselbe die Entlassung
Calvoignacs konstatirte, eine Verletzung des allge-
meinen Stimmrechts involvirte, insofern er Cal-
voignac nicht einmal ermächtigt, vorläufig in sein
Arbeitsverhältnis wieder einzutreten; 2., daß alle
Vergarbeiter für die Vorkommnisse am 15.
August solidarisch verantwortlich seien, für welche
jezt derselben, deren Wiedereinstellung verweigert
werde, verurtheilt wurden.

Paris, 26. Oktober. (W. T. B.) Ange-
sichts der Abnahme der Choleraerkrankungen wer-
den die auf allen Bahnhöfen der Grenzstationen
errichteten Sanitätsposten gegen Ende des Mo-
nats aufgehoben werden.

Italien.

Es verlautet aus Rom, daß man sich in
italienischen Kreisen offen über die Haltung des
Papstes der französischen Republik gegenüber aus-
spricht. Ein Korrespondent der „Times“ habe
in einer Unterredung mit einem hervorragenden
Prälaten geäußert, daß es den Anschein habe, als
ob der Papst den Kopf verloren, worauf der Prä-
lat erwiderte: „Sie haben es gesagt; ich darf
nicht so viel laut werden lassen, denn was der
Oberhirte spricht, das müssen die Priester anneh-
men.“ Der Prälat gab im Laufe der Unter-
redung seiner Ansicht über die Politik des Vati-
kans schließlich freieren Ausdruck. Auf die Frage
des Korrespondenten, ob es zeha höhere, in
direkter Verbindung mit dem Vatikan stehende
kirchliche Würdenträger gäbe, die anderer Mei-

nung als er seien,“ antwortete er: „Es sind keine
mehr vorhanden.“ Er bemerkte, daß die italieni-
schen oder französischen Katholiken meistens theils
Monarchisten seien und daß der Befehl des Pa-
pstes, die Republik ohne irgend welche anderweitige
Ausnahmen anzunehmen, einfach die Kirche in
Frankreich der Wirklichkeit und des Einflusses der
an der Regierung beteiligten aufrichtigen katho-
lischen Staatsmänner berauben wird, indem diese
ihre monarchischen Gesinnungen nicht aufgeben
können und sich deshalb vom öffentlichen Leben
zurückziehen würden. Die Rede des Kultus- und
Unterrichtministers am Grabe Renans habe in
kirchlichen Kreisen Rom einen tiefen Eindruck
gemacht, indem man der Ansicht sei, daß sie die
ablehnende und unbefangene Feindseligkeit der Re-
publik gegen die Kirche offenbare. Die Lobrede
auf Renan als den Verführer der Wahrheit sei
eine Kriegserklärung gegen die katholische Kirche,
welche Renan für ihren Feind erklärt habe. Der
auf Wiedereingewinnung seiner weltlichen Herrschaft
bedachte Vatikan wird sich dadurch aber nicht ab-
halten lassen, der französischen Republik zu hul-
digen, weil und so lange sie das Schwert Frank-
reichs in der Hand hält.

Rom, 26. Oktober. (W. T. B.) Die
„Agenzia Stefani“ bezeichnet das Gerücht von
einem Unwohlsein des Papstes als gänzlich
grundlos.

Neapel, 26. Oktober. (W. T. B.) Der
bairische Staatsminister Freiherr v. Crailsheim
hat heute die Rückreise nach Rom angetreten.

Spanien und Portugal.

Lissabon, 26. Oktober. (W. T. B.) Von
den legislativen Wahlen sind bis jetzt 139 Er-
gebnisse bekannt, davon entfallen auf die so ge-
nannten Regeneradores 58, auf die Progressisten
40, auf die Regierungspartei 27, auf die unab-
hängigen 10 und auf die Republikaner 4 Man-
date.

Lissabon, 26. Oktober. (W. T. B.) Das
neue Kabinet wird wahrscheinlich in der Mehr-
zahl aus den Regeneradores gebildet werden,
deren Chef Cerpa Pimentel ist.

Großbritannien und Irland.

Wie der „Post“ z. B. in London berichtet
wird, ist dort eine Drahtmeldung aus Toronto
eingetroffen, welche besagt, in Kanada verurtheile
das Gericht, die Reichsregierung beschuldige, die
Reichstruppen aus den englischen Kolonien in
Nordamerika gänzlich zurückzuziehen, einiges
Aufsehen. Die Torontoer Blätter bemerken
dazu, dies bedeute, daß die Befestigungen von
Halifax der kanadischen Regierung unterstellt
werden dürften. Der Plan ist eine Fort-
setzung der Politik, die Gladstones Verwaltung im
Jahre 1871 einschlug, als die regulären Truppen
aus Kanada zurückgezogen wurden. Angesichts
der steten Bestrebungen der Vereinigten Staaten,
die englischen Kolonien in Nordamerika an sich
zu fesseln und im Hinblick auf die Bewegung,
die in Kanada für möglichst engen wirtschaftlichen
Anschluß an die Vereinigten Staaten thätig ist,
muß bezweifelt werden, daß das Gerücht, die eng-
lische Regierung sei geneigt, die Reichstruppen
aus diesen Kolonien zurückzuziehen, Bestätigung
finden werde.

London, 24. Oktober. In der Kohlen-
industrie, welche im Frühjahr sehr heftige
Kämpfe um die Aufrechterhaltung der Lohnsätze
durchzuführen hatte, fahren die Kämpfe fort zu
fallen. So haben sich die Vergleute in Northum-
berland nunmehr so gut wie entschieden, eine
weitere Herabsetzung um 5 Proz. anzunehmen,
auf welchen Prozentsatz die Bodenverwaltungen
ihre ursprüngliche Forderung von 7 1/2 Proz. ver-
ablassen. Die Leute von Northumberland hörten
nicht, wie ihre Kameraden im benachbarten
Durham im März, auf die Einführungen und
Verprechungen der National-Association of Mines,
sondern nahmen damals, um einen Ausstand zu ver-
meiden, eine Lohnerniedrigung von 5 Prozent an.
Sie haben somit nicht nur die ungeheuren Ver-
luste der Durham Vergleute vermeiden, son-
dern auch bisher höhere Löhne bezogen. In erster
Linie verstanden sie dies ihren Vorständen Mr.
Burt und Mr. Fenwick, den beiden Männern,
welche bei der Waise der Vergleute jetzt in
großem Mißkredit stehen, weil sie nicht an den
Segen des gesetzlichen Lohnunterbotes und an
die Möglichkeit einer künstlichen Preissteigerung
glauben wollten. — Auch in Wales werden die
Kämpfe binnen Kurzem wieder fallen müssen. Hier
besteht bekanntlich das System der „gleitenden
Skala“, wobei die Löhne von Zeit zu Zeit nach
den für die Kohlen erhaltenen Preisen be-
stimmt werden und, wie neuerdings gemeldet,
müssen die Leuten in ihren Kontrakten für das
nächste Jahr die Tonne Kohlen bis um drei
Schilling 4 Pence billiger liefern, um Abnehmer
zu finden.

Amerika.

Wie alles in Newyork ins Riesige wächst, so
nehmen auch die Höhe des Columbus-Festes eine
unvergleichliche Größe an. Das herrlichste
Feierfest begünstigte die Festlichkeiten, die mit Aus-
nahme der kirchlichen und musikalischen, sämt-
lich im Freien stattfanden. Der Montag vergan-
gender Woche brachte einen Aufmarsch von 30,000
Schülkern in Festkleidern und mit Tausenden
von Fahnen und Bändern, in Begleitung der
Lehrer. Der Broadway und die von ihm durch-
schnittenen großen freien Plätze waren durch Auf-
stellung von Tausenden von Tribünen für eine
Woche in eine riesige via triumphalis verwand-
elt worden. Der Besuch der städtischen Tribü-
nen war frei. Deshalb die allgemeine Theil-
nahme. Man schätzte die Zuschauerzahl an den
Haupttagen auf mehr als 500,000. Thatsache
ist, daß die Hochbahn am 12. Oktober über
1,100,000 Passagiere befördert hat und dazu kom-
men noch die Fahrgäste der Pferde- und Kabel-
bahnen. Die am meisten gelungene Veranstaltung
war die Flottenparade, für welche der Hafen
und Meerbusen von Newyork mit den Höfzügen zu
Weiden Seiten sich ganz wunderbar eignen. Die
Ankunft des zwei französischen und einem italie-
nischen Kriegsschiffes, die eskortirt von dem ame-
rikanischen Geschwader und gefolgt von einer Un-
zahl von Privatdampfern, Yachten und Segel-
booten, das Spalier der Danzelschiffe im vollen
Festkleid passirten, überall von Kanonendonner
begleitet, war ein prachtvolles Schauspiel. Alles
vollzog sich mit großer Präzision und ohne den
geringsten Unfall. Abends wohnten die Gäste der
feierlichen Beleuchtung der Brooklynbrücke und
dem Abballen eines Feuerwerks bei, dessen Glanz-

des Gesundheitszustands ihres mit dem Lordgesandten-
kabinets Ruffand zahlte 200 Pfd. Sterl. für
die Effekten desselben.

London, 27. Oktober. Ein Artikel Salis-
bury's in der „National Review“ bestreitet, daß
die Homerule-Vorlage im Unterhause ohne Wei-
teres zur Annahme gelangen werde. Bezüglich
der Drohungen der Liberalen gegen das Oberhaus
heißt es Salisburies, der einzige Grund der Pa-
rties liege darin, daß sie bei Abweisung der Homerule-
Vorlage im Falle eines lokalen Appells an die
Nation bei der Mehrheit der Wähler ein Ge-
fühl finden würden. Schließlich habe nicht die Macht
an den konstitutionellen Verhältnissen des Ober-
hauses zu rütteln, ohne daß er das Land zu die-
sem Zweck befrage.